

„Erdverkabelung umfassend prüfen“

Stellungnahme von sechs Abgeordneten

BARNSTORF/REHDEN (rr)

• „Es geht dabei darum, die Proteste der Bürgerinnen und Bürger vor Ort wie auch der Kommunen ernst zu nehmen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass es machbare Alternativen zum Bau einer neuen Freileitung gibt,“ haben die Bundestagsabgeordneten Vera Dominke, Rolf Kramer und Holger Ortel sowie die Landtagsabgeordneten Michael Albers, Renate Geuter und Sigrid Rakow an die Regierungsvertretung Oldenburg geschrieben.

■ Nicht alle
■ unterschrieben

Gemeinsam fordern sie, in dem im März beginnenden Planfeststellungsverfahren zum Bau einer 380-kV-Freileitung zwischen Ganderkesee und Sankt Hülfe (wir berichteten mehrfach) alle technisch möglichen Alternativen zur Freileitung, insbesondere eine Erdkabelverlegung (auch in Teilbereichen), mit zu untersuchen und zu bewerten.

Bei der Prüfung der Wirtschaftlichkeit sollten alle – auch die volkswirtschaftlichen Kosten – mit einzubeziehen.

„Es wäre aus unserer

Sicht wenig verständlich,“ so die Abgeordneten, „wenn es in diesem Fall nicht zu einer umfassenden Prüfung aller Alternativen, nicht nur des Trassenverlaufes, käme.“

Außerdem sprechen sie von „auch aus unserer Sicht durchaus berechtigten Protesten der Bürger und Kommunen gegen dieses Bauvorhaben.“

Im Vorfeld hatte die Interessengemeinschaft „Vorsicht Hochspannung“ eine

gemeinsame
Stellungnahme aller
Bundes- und
Landtagsabgeordneten

aus den betroffenen Regionen angeregt.

Die Initiative dazu hatte der SPD-Bundestagsabgeordnete Rolf Kramer aus Diepholz ergriffen.

Aus den Kreisen der Interessengemeinschaft wurde bekannt, dass die Landtagsabgeordneten Karl-Heinz Klare und Ulrike Schröder (CDU) darauf überhaupt nicht reagiert hätten.

Mit Walter Link (CDU) und Hans-Werner Schwarz (FDP) habe Rolf Kramer Gespräche geführt, die aber letztlich nicht zu einer Unterschrift geführt hätten.

▪ *Angemerkt*

Beschämend „kleine Koalition“

Es ist nicht schade, sondern beschämend. Die größte denkbare Koalition ihrer Bundes- und Landespolitiker hatten sich die Bürger gewünscht, um ihre Forderung nach einer Erdverkabelung der geplanten 380-kV-Freileitung von Ganderkesee nach Sankt Hülfe zu unterstützen. Doch unter dem gemeinsamen Appell von Abgeordneten aus der Region fehlen (mindestens) vier Unterschriften.

Nun mag es auf dem Energiesektor bundespolitische Versäumnisse und/oder landespolitische Hilflo- sigkeit geben. Doch die ge-

genseitigen Schuldzuwei- sungen helfen den Men- schen nicht, die künftig ne- ben so einem „Monstrum“ leben sollen.

Auf lokaler Ebene hat der parteiübergreifende Schul- terschluss beim Protest- sturm problemlos geklappt. Daran hätten sich die „überordneten Ebenen“ orientieren können. Sie folgten dem aber nur zu zwei Dritteln.

Oder rustikal formuliert: Das (Wähler-)Volk hat die Schnauze voll von dieser Partei-Taktiererei. Das gilt übrigens auch für andere Themen.

Rolf Schäfer